

Kein Geld für Streubomben

Christliche Aktionäre wollen Druck machen

Wer nur eine einzige Aktie hat, hat das Recht, auf den Hauptversammlungen der Unternehmen zu reden und über Grundlegendes abzustimmen: Aufsichtsratsposten, Gehälter, Geschäftspolitik. Je mehr Aktien jemand hinter sich hat, desto mehr wiegt seine Stimme. Das will zum ersten Mal eine deutsche Kirchenbank nutzen, um christliche Ideale auch in Aktiengesellschaften durchzusetzen: Die *Bank für Kirche und Diakonie* in Dortmund. Bei ihr haben mehr als 5500 vor allem evangelische Institutionen ihr Geld. Sie sorgt seit Ende November zusammen mit der Fondsgesellschaft *Union Investment* (Frankfurt am Main) dafür, dass die Aktionäre mehr Einfluss auf die Unternehmen

nehmen können, von denen sie Aktien besitzen.

»Unsere Kunden haben über die Unternehmensanteile die Möglichkeit, Dinge zu verändern, die ihren Werten widersprechen«, sagt Susanne Hammans, Sprecherin der Bank für Kirche und Diakonie. »Wir müssen diese Macht der Kunden nur zusammenführen.«

Die Idee, kritische Aktionärsstimmen zu bündeln, um den Einfluss zu vergrößern, ist nicht neu. »Man kann auf Hauptversammlungen als Aktionär viel Druck aufbauen. Denn man spricht öffentlich und kann so dem Image der Unternehmen schaden«, sagt Markus Dufner, Geschäftsführer des *Dachverbands Kritische Aktionäre* in Köln. 1300 Aktionäre sind hier mit mehreren Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen. Und sie machen seit vielen Jahren erfolgreich Unternehmenspolitik.

Erst vor Kurzem hat sich ihnen Josef Ackermann gebeugt. »Wir möchten nicht Teil davon sein«, sagte der Chef der *Deutschen Bank*, nachdem ihn die Kritischen Aktionäre auf der Hauptversammlung der Bank mit den Schattenseiten einiger seiner Investitionen konfrontierten – medienwirksam natürlich. Eingeladen war ein serbischer Minenräumer, der durch die Streubombe eines Firmenkunden der Deutschen Bank Hände und Füße verlor. »Jetzt hat die Bank mitgeteilt, nicht mehr im Bereich Streumunition zu investieren«, sagt Dufner.

Welche Themen die Aktionäre der KD-Bank ansprechen wollen, planen sie in einem Arbeitskreis. Die ersten Kunden hat die KD-Bank bereits von der neuen politischen Dienstleistung überzeugt: Die *Evangelische Kirche in Deutschland* (EKD), die kirchlichen Versorgungskassen KZVK und VKPB sowie einige Landeskirchen und diakonische Werke machen mit beim Bündeln der Aktien. Auch die Themen, auf die sie verstärkt Einfluss nehmen wollen, stehen fest: Arbeitsrechte und Kinderarbeit. »Wir erwarten in den nächsten Wochen noch mehr Rückmeldungen«, sagt Susanne Hammans. »Es ist eine große Chance, etwas im kirchlichen Sinne zu bewegen.« ■ Miriam Bunjes

Bank für Kirche und Diakonie <http://www.kd-bank.de>. Dachverband Kritische Aktionäre <http://www.kritischeaktionaeere.de/start.html>

Saudi-Arabien plant Armenbank

Saudi-Arabien will mit Unterstützung von Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus eine Armenbank gründen. Entsprechende Pläne erörterte der Gründer der *Grameen-Bank* mit Prinz Talal bin Abdul-Aziz. Bei dem Treffen vereinbarten das von Prinz Talal geleitete Entwicklungsprogramm *Agfund* und die *Islamische Entwicklungsbank* eine engere Zusammenarbeit. Als Startfinanzierung für ein Institut, das Mikrokredite an Bedürftige vergibt, will der Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung knapp vier Millionen Euro bereitstellen. Prinz Talal sprach sich für ein Kreditvergabeverfahren aus, das »auf das arme Segment der saudischen Gesellschaft« ziele.

Keine Coca-Cola in der rheinischen Kirche

In den Einrichtungen der *Evangelischen Kirche im Rheinland* soll es künftig keine Getränke des *Coca-Cola*-Konzerns mehr geben. Die Landessynode empfiehlt, auf diese Produkte zu verzichten. Zur Begründung verweist das Kirchenparlament auf Berichte unabhängiger Institutionen wie der *Internationalen Arbeitsorganisation* über Menschenrechtsverletzungen, die Missachtung sozialer Standards und die Schädigung der Umwelt in den weltweiten Produktionsketten des Unternehmens. Stattdessen sollten vorrangig regional, ökologisch und fair hergestellte und beschaffte Getränke konsumiert werden.

Größtes Kohlekraftwerk Europas aus der Schweiz

Das in Graubünden ansässige Energieunternehmen *Repower* plant zusammen mit Partnern im norddeutschen Brunsbüttel das größte Steinkohlekraftwerk Europas zu errichten. Ein weiteres Kraftwerk soll im süditalienischen Saline Joniche gebaut werden. Die Kraftwerke sollen insgesamt 3120 Megawatt erzeugen und werden dabei jährlich 17,5 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen. Das entspricht 40 Prozent der gesamten CO₂-Produktion der Schweiz. Die *Deutsche Umwelthilfe* und der *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* haben gegen den Bau in Brunsbüttel Klage eingereicht. Auch in Kalabrien protestieren Umweltschützer. Der Schweizer Kanton Graubünden hält 46 Prozent der Aktien von *Repower*; verschiedene Organisationen fordern, der Kanton solle diese Anteile verkaufen.



Branislav Kapetanovic bei der Deutschen Bank: Der Minenräumer wurde einst durch eine Streubombe verkrüppelt